

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Befürworter

Die Einführung von Mindestlöhnen würde ähnlich wie in anderen europäischen Ländern zwar zu steigenden Preisen und sinkenden Unternehmensgewinnen führen, aber keine Arbeitsplätze gefährden. So lautet das Fazit einer Untersuchung zu Mindestlöhnen, welche das gewerkschaftsnahe Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) vorstellte. „Mindestlöhne würden die Betriebe vor Sozialdumping schützen. Zudem würde sich die Lage der drei Millionen Geringverdiener und der unter der Gruppe der unter dem Existenzminimum verdienenden „Working Poor“ verbessern, sagte Claus Schäfer, Wissenschaftler am WSI. Hierzu zählen ca. 2,5 Mio. Menschen, die unter 50% des Durchschnittseinkommens von 2884,-- Euro im Monat verdienen. In 18 von 25 EU-Staaten gibt es diese Lohnuntergrenze. In den anderen Ländern – außer Deutschland – würde das Tarifsysteem zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden für eine mindestlohnähnliche Entwicklung sorgen. In der Bundesrepublik habe die Tarifbindung kontinuierlich abgenommen. Dadurch sei der Niedriglohnssektor kaum reguliert und die Einführung eines Mindestlohnes von Nöten.

Der Tagesspiegel: Mindestlöhne vernichten keine Jobs – 15. März 2006

Über 2,5 Mio. Menschen arbeiten im Niedriglohnssektor. In einigen Branchen für unter 5 Euro die Stunde. Den meisten von uns ergeht es besser. Noch! Von ihrem Einkommen können viele jetzt noch ganz gut leben. Obwohl es selbst mit einem Stundenlohn von 15 Euro brutto – das ist der Durchschnitt – häufig knapp wird. Bedrückend ist, dass immer mehr Beschäftigte Zukunftsängste haben: Drohen Lohnkürzungen? Ist mein Job noch sicher? Werden meine Kinder einen Arbeitsplatz finden?

Wer heute ganz gut verdient, morgen aber den Job verliert, dem droht nach einem Jahr Arbeitslosenunterstützung der Absturz in die Armut. Einen neuen Arbeitsplatz zu finden ist schwierig. Das Risiko für jeden von uns wächst, zu Armutslöhnen arbeiten zu müssen.

Mit dem Mindestlohn wird ein erheblicher Beitrag zur Stärkung der Binnennachfrage geleistet. Deshalb würden bei uns mindestens 70.000 neue Arbeitsplätze entstehen. So das Ergebnis einer Untersuchung. Ein Mindestlohn von 7,50 Euro verbessert die Einkommenssituation und damit die Kaufkraft von rund fünf Millionen Beschäftigten. Vor allem kleinere Betriebe werden versuchen, mit Preissteigerungen zu reagieren. Da alle die gleiche zusätzliche Kostenbelastung durch den Mindestlohn haben, kann kein Betrieb mit Lohndumping aus der Reihe tanzen.

Viele Unternehmen machen mit Armutslöhnen „richtig dicke Extra-Profite“. Sie können die Mindestlöhne aus ihren Gewinnen bezahlen. Jüngste Untersuchungen des Center of Economic Performance haben dies für Großbritannien nachgewiesen. In den ersten drei Jahren nach der Einführung des Mindestlohnes sanken die Profite der besonders betroffenen Unternehmen um acht Prozent. Dies hat aber die Betriebe nicht in ihrer Existenz bedroht. Bessere Löhne könnten gut aus den Gewinnen bezahlt werden. Viele Unternehmen haben ihre eigenen Taschen gefüllt – zu Lasten der Beschäftigten mit Armutslöhnen.

Frankfurter Rundschau: Arm trotz Arbeit – darf das sein? – 20.5.2006

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Befürworter

Die Vorstellung der Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zu Mindestlöhnen in Europa und in den USA wird in diesem Artikel besprochen. Die Untersuchung habe gezeigt, dass gesetzliche Mindestlöhne Einkommen im Niedriglohnssektor stabilisierten, ohne Arbeitsplätze zu gefährden. Zwar würden auch höhere Preise und geringere Unternehmensgewinne die Folge sein. Gestiegene Firmenpleiten habe es aber nicht gegeben. In Ländern ohne gesetzlichen Mindestlohn Sorge eine hohe Tarifbindung für eine adäquate Lohnuntergrenze. Dies sei mit der abnehmenden Tarifbindung (nur noch 70% der Arbeitnehmer im Westen und 54% im Osten sind tarifgebunden) in Deutschland nicht mehr gewährleistet. Deshalb sei ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig.

Berliner Zeitung: Studie: Mindestlöhne sichern Beschäftigung – 15. März 2006

„Wenn es offiziell fast fünf Millionen Arbeitslose gibt und tatsächlich sehr viel mehr, dann kann man nicht davon sprechen, dass jeder Bürger frei und gleichberechtigt mit dem Arbeitgeber über Lohn und Arbeitsplatz verhandeln kann. Der Arbeitgeber ist in einer ungleich stärkeren Position.

Und dieser Punkt führt mich zu dem Thema Mindestlohn. Weil in diesen Jahren der Massenarbeitslosigkeit die Position der Arbeitgeber sehr viel stärker geworden ist, deshalb gibt es inzwischen viele Branchen, in denen Stundenlöhne zwischen drei und fünf Euro die Regel sind. Wohlgemerkt: Oft genug für eine engagierte qualifizierte Arbeit von ausgebildeten Arbeitnehmern. Insofern wäre ein gesetzlicher Mindestlohn von sechs, sieben oder acht Euro ein Schritt in Richtung von mehr Fairness und einer leistungsgerechten Bezahlung.“

Frankfurter Rundschau: Dialog – 13.5.2006

Nur mit Hilfe der gesetzlichen Festlegung eines Mindestlohnes ließen sich gegenwärtig Armutslöhne vermeiden. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre eine einfache und einheitliche (politische und moralische) Orientierungsgröße für eine Untergrenze bei der Entlohnung jeglicher Beschäftigung. Dabei käme ein Mindestlohn auch den Unternehmen zugute, da sie vor so genannter "Schmutzkonkurrenz" und Lohndumping geschützt würden. Dadurch, dass alle Unternehmen den gleichen Lohn zahlen müssten, würden ruinöse Unterbietungswettläufe verhindert.

Hinzu kommt, dass die Menschen mehr Geld für den privaten Konsum zur Verfügung hätten, so dass durch einen Mindestlohn auch die dringend notwendige Binnennachfrage angekurbelt würde.

Nicht zuletzt wäre ein Mindestlohn sozial gerecht, weil er ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft in Arm und Reich begrenzen würde.

www.Linke.de: Die Linke im Bundestag

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Befürworter

In 18 von 25 Staaten der Europäischen Union existieren gesetzliche Mindestlöhne. Gemessen an den nationalen Durchschnittslöhnen variiert das Niveau der Mindestlöhne zwischen 32% und 50%.

Die Erfahrungen mit gesetzlichen Mindestlöhnen in Europa sind überwiegend positiv, zeigt der internationale Vergleich. Mit der Festlegung einer für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbindlichen Untergrenze wird die Einkommenssituation von Geringverdienern deutlich verbessert. Gleichzeitig werden die Betriebe vor Sozialdumping geschützt. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass von den Mindestlöhnen in der Regel keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung ausgehen. So wurde etwa in Großbritannien der gesetzliche Mindestlohn seit seiner Einführung im Jahr 1999 um mehr als 40 Prozent erhöht, während im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 25 Prozent zurückging.

In sieben EU-Ländern gibt es dagegen keinen gesetzlichen Mindestlohn. In diesen Staaten werden die Mindestlöhne ausschließlich durch Tarifverträge festgelegt. Das geschieht etwa in den skandinavischen Ländern, Österreich und Italien, in denen die Tarifverträge aufgrund des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrades (über 80%) eine flächendeckende Geltung haben.

Hans Böckler Stiftung: Mindestlöhne stabilisieren Einkommen – 14.3.2006

Betrachtet man unsere Nachbarländer – 18 von 25 EU-Staaten haben bereits einen Mindestlohn – erledigt sich auch das Argument, er schade der Wirtschaft. Im Gegenteil, er verhindert ein ständiges Lohndumping und gibt auch den Arbeitgebern Sicherheit.

Initiative Mindestlohn „Warum 7,50 Euro?“

Wenn Kinder oder andere nicht erwerbstätige Personen mit versorgt werden müssen, reichen selbst bei Vollzeitbeschäftigung die Löhne vielfach nicht aus, um das durch das Arbeitslosengeld II markierte Existenzminimum zu decken.

Von einem Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde wären 2,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte betroffen. Darüber hinaus könnten auch weitere Beschäftigte Lohnzuwächse erwarten, damit auch in Zukunft die qualifizierteren und verantwortungsvolleren Jobs höher entlohnt werden. Wenn die niedrigsten Löhne erhöht werden, müssen auch die darüber liegenden steigen.

Gerade bei den überwiegend für den regionalen Markt tätigen kleineren Unternehmen wirkt sich auf der anderen Seite die Steigerung der Kaufkraft durch die höheren Löhne förderlich und beschäftigungssteigernd aus.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Niedriglöhne und der Mindestlohn – 13.4.2006

Ist die Einführung eines durch den Staat festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes eine probate Forderung?

Arbeitsmaterial: Befürworter

Viele Menschen wollen den Mindestlohn: 57% aller Befragten sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap Mitte 2006 für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland aus.

Mindestlohnbrief Nr.: Klare Mehrheit für Mindestlohn – 1/06

„Mindestlöhne würden die Betriebe vor Sozialdumping schützen. Zudem würde sich die Lage der drei Millionen Geringverdiener verbessern – dann müsste der Staat Armut nicht durch Sozialtransfers ausgleichen und würde viel Geld sparen“, sagte Claus Schäfer, Wissenschaftler am WSI. In 18 von 25 EU-Staaten gebe es diese Lohnuntergrenze. In den anderen Ländern – außer Deutschland – würde das Tarifsysteem für mindestlohnähnliche Entwicklung sorgen. In der Bundesrepublik habe die Tarifbindung kontinuierlich abgenommen. Dadurch sei der Niedriglohnsektor kaum reguliert und die Einführung eines Mindestlohnes von Nöten.

Der Tagesspiegel: Mindestlöhne vernichten keine Jobs – 15. März 2006

Und wie soll der Handwerksbetrieb, der bislang vielleicht 4,50 Euro Stundenlohn bezahlt hat, plötzlich fast das Doppelte für Lohnkosten ausgeben? Auch darauf hat eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung eine Antwort. Er könnte beispielsweise die Preise erhöhen, sagt Schulten. Dies sei in vielen Bereichen wie etwa dem häufig angeführten Friseurhandwerk ohnehin sinnvoll, da hier ein gnadenloser Preiswettkampf herrsche. Oder die Gewinnspanne der Unternehmen falle eben geringer aus. Dafür steige die *Motivation* der Beschäftigten, was die Einbuße möglicherweise wieder ausgleichen könne. Zudem: Gerade Niedrigverdiener steckten jeden zusätzlichen Euro in den Konsum (hohe Konsumquote), so die Theorie. Auch dadurch entstünden Wachstumsimpulse. Sicherheitsfirmen seien geradezu dankbar für die Festsetzung eines Mindestlohnes, glaubt Schulten. Denn dieser würde sie endlich wieder in die Lage versetzen, von den Kunden reale Preise zu verlangen.

Dass massenhaft Arbeitsplätze ins billigere osteuropäische Ausland verlagert werden könnten fürchtet die Stiftung nicht. Schließlich gehe es im Niedriglohnsektor größtenteils um Stellen im Dienstleistungsbereich und die ließen sich eben nicht verlagern. „Der Erfurter Landtag kann nur in Erfurt bewacht werden“, sagt Schulten. Und zum Friseur müsse man auch am Wohnort.

DIE ZEIT: Europas Mindestlöhne – 13.5.2006